

4. September 2024

Postulat

von Christian Häberli (AL),
David Garcia Nuñez (AL)
und Tanja Maag (AL)

Der Stadtrat wird aufgefordert, die Sistierung der kostenlosen Entsorgungscoupons für die Zürcher Bevölkerung per sofort rückgängig zu machen, sowie die Kosten für den Abholservice massiv zu reduzieren.

Begründung:

Seit Jahren erfolgt die Entsorgungstätigkeit der Zürcher Einwohner:innen auf verschiedenen Wegen: Einerseits werden kleinere Volumen bei den quartier-nahen Cargo-Trams abgegeben. Andererseits werden grössere Gegenstände zu den Recyclinghöfen transportiert. Die Entsorgungscoupons für die ersten 400 kg, welche die Bevölkerung bisher erhalten hat, werden von den Entsorgenden oft restlos aufgebraucht. Das System ist ein erfolgreicher Anreiz, nicht mehr brauchbare oder nicht mehr gewollte Gegenstände zu recyceln und zu entsorgen.

Der Entscheid des Stadtrates, die kostenlosen Entsorgungscoupons zu streichen, hat bei den Zürcher:innen sehr viel Unverständnis ausgelöst. Das Vorgehen war eine gut gemeinte Aktion, um Kreislaufwirtschaft zu fördern und Transportfahrten zu verhindern. Der Stadtrat möchte den Zürcher:innen ohne Auto das Leben erleichtern und die Bevölkerung zum Recycling animieren. Beides dient der Erreichung des Netto-Null-Ziels, was seitens der Bevölkerung und des Parlaments unterstützt wird.

Allerdings ist der Stadtrat mit der Umstellung eines bisher gut funktionierenden Systems eindeutig übers Ziel hinausgeschossen. Er überschätzt einerseits die ökologische Wirkung von Einzelfahrten zwecks Entsorgungsaufgaben. Die Belastung durch den motorisierten Individualverkehr ist im Vergleich zum Gesamtverkehrsvolumen ein zu vernachlässigender Anteil. Andererseits bieten die Cargotrams, die der Stadtrat nun gross bewirbt, keine Alternative für jene Personen, die gerade dann zügeln wollen, wenn das Tram nicht zu ihrem Quartier kommt oder gar in Kreisen wohnen, wo kein solches vorgesehen ist. Zumal schwere und sperrige Gegenstände (Sofas, Lampen, etc.) auch innerhalb des Quartiers häufig mit Autos transportiert werden müssen.

Auch die vom Stadtrat vorgeschlagene Lösung, dass diese Gegenstände direkt durch ERZ-Mitarbeitenden abgeholt werden, verursacht mehr Probleme als es sie löst. Mit einem Stundensatz von 346 Franken liegt dieser Dienst eindeutig in einem prohibitiven Bereich. Menschen mit einem geringen Einkommen werden sich das nicht leisten können und damit entweder weiterhin zum Auto greifen (und neu aber ihre Gegenstände ohne die finanzielle Hilfe der Coupons entsorgen) oder viel häufiger die Gegenstände schlichtweg auf die Strasse stellen. Beides kann nicht Sinn und Zweck dieser stadträtlichen Aktion sein. Mit dem Ziel, die Kreislaufwirtschaft voranzutreiben, sollten keine neuen monetären Rahmenbedingungen zu Ungunsten der Wenigverdienenden verbunden werden.

Antrag auf dringliche Behandlung des Vorstosses.

 1



